

Sonja Schröder: The 2007-2013 European Cohesion Policy. A New Strategic Approach by the Commission? (ZEI Discussion Paper C 190/2008): Im Mittelpunkt des vorliegenden Diskussionspapiers steht die Europäische Kohäsionspolitik der aktuellen Förderperiode 2007-13. Zentrale Fragestellung ist, ob und inwieweit die Europäische Kommission im Vergleich zur vorherigen Periode einen neuen strategischen Ansatz verfolgt. Die Untersuchung erschöpft sich nicht nur im reinen Vergleich der vier Prinzipien concentration, programming, additionality and partnership, sondern beleuchtet darüber hinaus die Beweggründe der Kommission, einige Elemente beizubehalten und andere zu ändern. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf die veränderte Situation nach der EU-Osterweiterung im Jahre 2004 gelegt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Kommission in zweierlei Hinsicht einen neuen strategischen Ansatz verfolgt: Zum einen ist die Kohäsionspolitik nun eindeutig mit der Lissabon-Strategie verbunden, und zum anderen ist eine Verschiebung des Einflussbereiches der Kommission von der Ebene des „programming“ hin zur Ebene der strategischen Politikplanung erkennbar.

Carl Christian von Weizsäcker: Regionalisierung der Regulierung im Bitstromzugangs-Markt? (ZEI Discussion Paper C 189/2008): Prof. von Weizsäcker greift im vorliegenden Diskussionsbeitrag ein aktuelles Thema der Telekommunikationsregulierung auf. Staatliche Eingriffe in den Wettbewerb durch Regulierung sollen stets auf das notwendige Maß beschränkt bleiben. Die Regulierungsbehörden in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten haben erstmals für den Großkundenmarkt für Breitbandzugang (sogenannter "Bitstromzugang") eine geografische Differenzierung vorgenommen, um die unterschiedliche Ausprägung des Wettbewerbs aufzudecken und entsprechend Regulierung in wettbewerbsgeprägten Regionen zurückzufahren. Auf Basis eines national einheitlich regulierten Zugangs zur "letzten Meile" wurde so in Großbritannien für einen großen Teil des Landes die Regulierung von Bitstrom eingeschränkt oder vollständig zurückgefahren. Diesen Ansatz analysiert Prof. von Weizsäcker und überträgt das Konzept auf Deutschland, wo die Regulierungsbehörde im Rahmen der Marktuntersuchung sich bereits diesem Thema genähert hat. Auch für Deutschland sieht er dieses Vorgehen für notwendig und richtig an.

Lazaros Miliopoulos: Begriff und Idee der "Atlantischen Zivilisation" in Zeiten transatlantischer Zerreißproben (ZEI Discussion Paper C 188/2008): Nach einer Einführung in das geo- und kulturhistorische Verständnis "atlantischer Zivilisation" stellt der Autor insbesondere die historische Adäquatheit der Theorie der „atlantischen Revolution“ im 18. Jahrhundert zur Diskussion. In Grundzügen versucht er darzulegen, wie sich im Anschluss an die geschichtswissenschaftlichen und zivilisationstheoretischen Ansätze planetarischer Raum- und atlantischer Kulturzivilisation eine politische Wirkungskraft „atlantischer Zivilisation“ in der historischen Phase eines antitotalitären Atlantizismus seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa und Amerika entfalten konnte. Auf diesem historischen Fundament wird schließlich die möglicherweise unterschätzte politische Relevanz einer daran anknüpfenden Vision namens „Atlantische Zivilisation“, insbesondere auch für die europäische Identitätsbildung, freigelegt.

Ján Figel': Reflecting on the European Year of Intercultural Dialogue (ZEI Discussion Paper C 187/2008): Als Antwort auf die sich verändernde soziale und kulturelle Landschaft in der Europäischen Union stand das Jahr 2008 unter dem Motto des Interkulturellen Dialogs. Für diesen thematischen Schwerpunkt gibt es zwei Gründe, argumentiert der für Bildung und Kultur zuständige EU-Kommissar Ján Figel' in diesem Discussion Paper: zum einen die historischen Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007, als zwölf neue Länder, vornehmlich Mittel- und Osteuropas, der EU beitraten, und zum anderen als Antwort auf die durch andauernde Migrationsströme stetig anwachsenden Einwanderergemeinden in europäischen Städten. Neben der Idee des gegenseitigen Respekts und der Würde des Menschen bildet das Konzept des Interkulturellen Dialogs einen Kernbereich der europäischen Integration. Während des Jahres wird der Interkulturelle Dialog durch eine Reihe von Initiativen, den so genannten Brüsseler Debatten, gefördert, die vor allem die Zivilgesellschaft, aber auch ganz bewusst Lehrer, Betriebe und Religionsvertreter einbeziehen und Themen wie Bildung, Kunst, Migration, Multilinguismus, Religion, Arbeitsstätten und Medien abdecken. Zusätzlich unterstützt die Europäische Kommission sieben Vorzeigeprojekte finanziell. Daneben organisieren die Mitgliedsstaaten einzelne nationale Projekte, die unter dem Dach des Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs zusammenlaufen. Das gesamte Projekt ist darauf angelegt, einen Langzeitprozess in Gang zu setzen und dabei gleichzeitig in viele Politikfelder hineinzuwirken. Die Idee hinter dem Konzept ist, einen nachhaltigen politischen Prozess in Gang zu setzen, der alle Menschen, die in der EU leben, mit einbezieht. Der EU-Kommissar Ján Figel' beleuchtet in dieser Veröffentlichung Ideen, Hintergründe und Vorgehensweise des Projekts.

Jürgen Nielsen-Sikora: Europa der Bürger. Zeitzeugengespräche mit Peter Altmaier, Barbara Gessler, Ruth Hieronymi und Hans-Gert Pöttering (ZEI Discussion Paper C 186/2008): "Europa der Bürger" gehört als ein Begriff des geltenden Gemeinschaftsrechts zum vocabulaire européen und beinhaltet verschiedenste gemeinschaftspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem europäischen Integrationsprojekt. Es findet seinen Niederschlag nicht zuletzt in den Symbolen der EU sowie in den Definitionen und Zielen des Vertragswerks. Die Bürger sollen darüber hinaus in einem Mindestmaß verstehen lernen, wie Europa funktioniert, so dass transparent sein muss, wie europäische Entscheidungen getroffen werden. Nun hat der Europäische Gerichtshof im Verlauf der Integrationsgeschichte einen immer stärkeren Grundrechtsschutz gegenüber der Hoheitsgewalt der Gemeinschaft gewährleistet und bereits 1989 festgestellt, das „Europa der Bürger“ gehöre zu den objectifs généraux, sprich: zu den allgemeinen Zielen der Gemeinschaft. Vorrangig geht es bei diesem Teilprojekt der Integration nicht zuletzt auch um die aktive Beteiligung der Bürger am Integrationsprozess, und damit um eine grundlegende Voraussetzung in demokratisch

organisierten, politischen Gebilden. Die Unionsbürger sollen nicht mehr nur als Wirtschaftsfaktor, sondern als Bürger mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten erfasst werden. Seit dem 1993 in Kraft getretenen Vertrag über die Europäische Union gibt es deshalb ein besonders enges Rechte- und Pflichtenverhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Union andererseits. Dennoch hat gerade das Jahr 2005 mit den Negativreferenden in Frankreich und der Niederlande gezeigt, wie groß die Kluft zwischen europäischer Bürgergesellschaft und europäischen Institutionen ist. Auch die Wahlbeteiligungen zum Europäischen Parlament sprechen eine eindeutige Sprache. Nun stehen mit dem Vertrag von Lissabon und der Wahl zum EP 2009 zwei Großereignisse auf europäischer Ebene an. Das Paper versucht deshalb, die aktuelle Situation nach der Krise von 2005 und dem für Europa so wichtigen Jahr 2009 knapp zu analysieren und lässt Politiker zu Wort kommen, die das Verhältnis von Bürgern und Institutionen reflektieren.

Hans-Gert Pöttering: European Union – Neue Impulse für die kommende Dekade (ZEI Discussion Paper C 185/2008): Herzlichen Glückwunsch des Präsidenten des Europäischen Parlaments an das Zentrum für Europäische Integrationsforschung und die Studenten, die das Masterprogramm 2008 erfolgreich abgeschlossen haben. Das ZEI selbst, so Pöttering, habe zum Prozess der Europäischen Integration durch Forschung und Ausbildung für junge Europäer und andere beigetragen. Grundsätzlich ist die akademische Arbeit essenziell für den Integrationsprozess, da sie viele wichtige und oftmals problematische Themen, die mit dem Integrationsprozess verbunden sind, reflektiert, so zum Beispiel das Überdenken der Beziehungen der unterschiedlichen Regierungslevel in Europa, das Beitragen zum Dialog der Kulturen sowie das Schaffen einer neuen Begegnungsform zwischen Europa und anderen Teilen der Welt. Es ist sehr wichtig, dass sich Politiker und Wissenschaftler über die Europäische Integration austauschen, da sonst die Gefahr besteht, dass die EU es verspasst, sich ausreichend auf das Zeitalter der Globalisierung vorzubereiten.

Ludger Kühnhardt: African Regional Integration and the Role of the European Union (ZEI Discussion Paper C 184/2008): Das Paper beschäftigt sich mit der Frage der afrikanischen Integration, ihre Schwierigkeiten und Strategien und wie die Europäische Union mit den afrikanischen Ländern und Regionalgruppen zusammenwirken kann, um sie in ihrer kontinuierlichen Integration zu unterstützen und zu stärken. Es diskutiert die Herausforderungen, welche sich afrikanischen regionalen Institutionen nach ihren post-kolonialen, auf Staatshoheit basierenden Anfängen stellen, ebenso wie die Funktion der subregionalen Organisationen, die Errichtung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Bedeutung von strategischen, politischen Zielen, supranationalen Strukturen und gemeinsamen legislativen Verpflichtungen zur Erweiterung der Regionalintegration. Untersucht werden außerdem die Europäische Union als ein Beispiel erfolgreicher kontinentaler Integration und das zukünftige Potential bi-regionaler Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika.

Yannis Tsantoulis: Subregionalism in the Black Sea and the EU's Role. Incentives, Obstacles and a 'New Synergy' (ZEI Discussion Paper C 183/2008): In der Ära nach Ende des Kalten Krieges ist die Schwarzmeerregion zu einem maßgeblichen Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft eines sich ausbreitenden Europas geworden. Einerseits rechtfertigen die jüngsten Erweiterungen von EU und NATO sowie die Attraktivität der Region das Argument, weshalb die EU ihre Rolle in der Region verstärken und eine dynamische Politik fördern sollte. Andererseits jedoch, weisen die ungelösten „eingefrorenen Konflikte“ und die Rätsel, die das Energiesicherheitsparadigma aufgibt, auf die Schwierigkeiten in der Annäherung an die Region hin. Diese Studie untersucht den Charakter der Region und versucht zu beantworten, weshalb die EU gegenüber allen regionalen Initiativen in der letzten Dekade distanziert geblieben ist und welches gleichzeitig die gegenwärtigen Aussichten und zukünftigen Herausforderungen sind.

Anna Niemann / Sonja Ana Luise Schröder / Meredith Catherine Tunick (eds.): Recovering from the Constitutional Failure. An Analysis of the EU Reflection Period (ZEI Discussion Paper C 182/2008): Im Rahmen des vorliegenden Diskussionspapiers wird untersucht, wie die Europäische Union ihre selbst verordnete „Reflexionsphase“ genutzt hat, um nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005 die Bürger wieder stärker in das europäische Projekt einzubinden und über das Schicksal des Verfassungstextes zu entscheiden. Zu diesem Zweck wird die „Reflexionsphase“ zunächst in einen historischen Kontext eingeordnet und der Frage nachgegangen, welche Gründe zu den ablehnenden Referenden geführt haben. Anschließend richtet sich das Augenmerk auf die unterschiedlichen Initiativen der drei zentralen EU-Institutionen Rat, Kommission und Parlament während der „Reflexionsphase“. Ergänzend wird ein Überblick über die Aktivitäten der Mitgliedstaaten sowie einiger zentraler EU-Forschungsinstitute gegeben. Schließlich erhalten auch die EU-Ratspräsidentschaften Einzug in die Untersuchung. Hierbei wird ein besonderer Fokus auf die deutsche Ratspräsidentschaft gelegt, die durch geschickte Verhandlungen den Weg nach Lissabon ebnete. Trotz positiver Elemente der Initiativen der EU-Institutionen lässt sich zusammenfassend feststellen, dass der Verhandlungsprozess und somit der Inhalt des Lissabon-Vertrages nur geringfügig von der „Reflexionsphase“ beeinflusst wurde.

Marcus Höreth/Jared Sonnicksen: Making and Breaking Promises. The European Union under the Treaty of Lisbon (ZEI Discussion Paper C 181/2008): Mit dem Vertrag von Lissabon ist die Europäische Union bereit in eine neue Phase der Europäischen Integration einzutreten. Der neue Reformvertrag der zu weiten Teilen aus dem zurückgewiesenen Entwurf des Verfassungsvertrages stammt, verspricht, Entscheidungsfindung und Politik in diesem einzigartigen Gemeinwesen transparenter, effizienter und demokratischer zu machen. Die Autoren nehmen einen fokussierten Blick auf die Bestimmungen des Vertrags vor, die am meisten mit der Förderung von Offenheit und Effektivität in der EU befasst sind und reflektieren darüber, ob aufgrund der Kompromisse und ausgehandelten Ausnahmen trotz "neuer und verbesserter"

Regeln am Ende nicht doch alles beim Alten bleibt.

Jeffrey Herf: "The Jewish Enemy". Rethinking Anti-Semitism in the Era of Nazism and in Recent Times (ZEI Discussion Paper C 180/2008): War der radikale Antisemitismus der Nationalsozialisten, der in einem Genozid an den Juden kulminierte, ein exklusiv europäisches Phänomen? Welche Elemente prägten diese negative Idee, die auf die Ausrottung und Vernichtung eines ganzen Volkes abzielte? Das Discussion Paper setzt sich mit diesen historischen Fragestellungen auseinander und weist darüber hinaus auf Parallelen hin, die es zwischen dem nationalsozialistischen Antisemitismus in Deutschland und demjenigen im arabisch-islamischen Raum während des Zweiten Weltkrieges gegeben hat.

Martin Seidel: Optionen für die Europäische Integration (ZEI Discussion Paper C 179/2008): Die Abhandlung betrifft die Finalität des europäischen Integrationsprozesses. Sie umschreibt den Endzustand des Organisationsprozesses Europas, der erreicht werden muss, damit sich die Kompetenzen, die der Europäischen Union zur Sicherung ihrer Ziele bereits übertragen oder noch zu übertragen sind, funktionsgerecht entfalten können. Das gegenwärtige Kompetenz- und Entscheidungssystem gewährleistet bereits zur Gestaltung interner Aufgaben keine ausreichende Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Hinsichtlich ihrer externen Aufgaben, angefangen bei der gemeinsamen Energiepolitik bis hin zur Gestaltung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und aller internationalen Aufgaben sowie der Verantwortung eines vereinten Europas für die Wahrung der „world public goods“ wie der Schonung der natürlichen Ressourcen und der Erhaltung des natürlichen Klimas auf der Erde, reicht die derzeitige Kompetenz- und Entscheidungsstruktur der Europäischen Union – selbst nach dem Vertrag von Lissabon – bei weitem nicht aus. Die "internationale Selbstbehauptung" der Europäischen Union erfordert den Wandel des bestimmenden Leitbildes der Europäischen Union von "United Nations of Europe" zu "United Europe" und die - schrittweise - Umwandlung der Europäischen Union von einer Konföderation in eine Föderation.

ZEI Regional Integration Observer: Lateinamerika im Fokus

Der neue „ZEI Regional Integration Observer“ ist erschienen. Die vierte Ausgabe hat den regionalen Schwerpunkt Lateinamerika. In den Artikeln wird sowohl die interne Dimension regionaler Integration in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Infrastruktur analysiert als auch ein Blick auf die bi-regionalen Beziehungen mit der Europäischen Union geworfen.

Obama und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen

Die Beziehungen zwischen den USA und Europa sollten in den kommenden Jahren erneuert werden, argumentiert ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt in einem [Internet-Kommentar](#) für das „American Institute for Contemporary German Studies“ der Johns Hopkins University in Washington D.C. Unter der Präsidentschaft von Barack Obama müssten die EU und die US die Visionen des Wandels in der neuen multipolaren Weltordnung institutionalisieren. Dazu gehört, dass sowohl harte als auch weiche Themen der internationalen Politik gemeinsam adressiert werden: Darin werde sich in den kommenden Jahren die Einzigartigkeit der transatlantischen Beziehungen im Management der globalen Probleme erweisen können. Präsident Obama sollte so rasch als möglich eine Ansprache vor dem Europäischen Parlament halten, argumentiert Kühnhardt.

NRW-Europaminister Krautscheid am ZEI



Mit 18 Millionen Einwohner verfolgt das größte deutsche Bundesland dreidimensionale Außenbeziehungen: zu ausgewählten Partnerländern wie Israel und Ghana, zur Europäischen Union und im Konzert der deutschen Bundesländer mit dem Bund in Berlin. NRWs Europaminister Andreas Krautscheid gab am 18. November 2008 vor Studenten der ZEI-Masterstudiengänge und Mitarbeitern des ZEI einen Einblick in seinen Arbeitsalltag zwischen Düsseldorf, Brüssel und Berlin. Einmischen und Einfluss nehmen auf neue Ideen oder Projekte, so Krautscheid, seien wichtige Inhalte seiner Arbeit für die Unterstützung der Position Nordrhein-Westfalens in Europa.

Erste Tagung des Bonner Zentrums Wettbewerb und Regulierung



Im Rahmen des Bonner Zentrums Wettbewerb und Regulierung, eine in Kooperation des Bundeskartellamtes, der Bundesnetzagentur, der Universität Bonn (Prof. Dr. Matthias Herdegen) und des Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn (Prof. Dr. Christian Koenig LL.M.) ins Leben gerufene Veranstaltungskonzeption, rücken die Schnittstellen zwischen sektorspezifischer Regulierung und dem allgemeinen Wettbewerbsrecht anhand aktueller Themen in den Mittelpunkt.

Mit Vertretern des Bundeskartellamtes, der Bundesnetzagentur, der Europäischen Kommission und der Praxis wurden auf der ersten Veranstaltung des Bonner Zentrums am 28. Oktober 2008 in Bonn die Zukunft der nachträglichen Missbrauchskontrolle, die angestrebten Kooperationsverfahren nationaler Regulierungsbehörden und die Verschärfung des Unbundlingregimes auf dem Energiesektor lebhaft diskutiert.

Studierende der Europastudien in Kirgistan zu Besuch am ZEI



Studenten aus Bischkek, Kirgistan 🔍

Ein Hauptaugenmerk der EU-Politik gegenüber Zentralasien sollte in der Verbesserung und Sicherung von Rechtssicherheit liegen. Nur so kann ein Klima geschaffen werden, das einerseits nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen und andererseits eine kontinuierliche Verbesserung der Situation der Bevölkerung ermöglicht. Dies war die einhellige Meinung beim Informationsbesuch einer Gruppe von Studenten des Bachelor-Studienganges Europastudien der Amerikanischen Universität Bischkek, Kirgistan, am 27. Oktober 2008 am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Unter der Leitung von Serik Beimenbetov, dem Verantwortlichen für Europastudien an der kirgisischen Universität, und in Kooperation mit dem DAAD besuchte die Studentengruppe das ZEI, um sich über den Aufbau, die Masterprogramme und die Schwerpunkte des Forschungsinstituts zu informieren.

Bild: Studierende der Europastudien an der Amerikanischen Universität Bischkek, angeführt von Serik Beimenbetov, zu Besuch am ZEI. Gespräche führten sie dort unter anderem mit Prof. Klaus W. Grewlich, MERNI-Dozent und deutscher Botschafter a. D. in Kirgistan, sowie Andreas Marchetti, MA (rechts im Bild).

Kühnhardt: Bi-regionale Beziehungen EU-MERCOSUR weiter ausbauen



Vergrößern

Der Ausbau der bi-regionalen Beziehungen stellt ein wichtiges neues Element einer stabilen Weltordnung dar. Angesichts der momentanen großen Umwälzungen dürfen praktische Schwierigkeiten wie sie bei den Verhandlungen über ein bi-regionales Assoziationsabkommen zwischen der EU und Mercosur aufgetreten sind, nicht dazu führen, diese Perspektive aus dem Auge zu verlieren. Diese Auffassung vertrat ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt auf dem XV. Forum Brasil-Europa, das die Konrad Adenauer Stiftung gemeinsam mit der Fundação Getúlio Vargas und dem Industrieverband São Paulo (FIESP) am 27./28. Oktober 2008 in Sao Paulo durchgeführt hat. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers forderte auf dem Forum die entschiedene Weiterentwicklung einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft als Antwort auf die aktuelle Weltfinanzkrise.

Bild: Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (zweiter von rechts) und ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt (ganz links) mit brasilianischen und anderen MERCOSUR Ländervertretern aus Industrie, Wissenschaft und Diplomatie in São Paulo, 28. Oktober 2008

EU-Kommissar Figel nimmt Stellung zum Jahr des Interkulturellen Dialogs



EU-Kommissar Ján Figel'

[Ján Figel': Reflecting on the European Year of Intercultural Dialogue](#) (ZEI Discussion Paper C 187/2008):

Als Antwort auf die sich verändernde soziale und kulturelle Landschaft in der Europäischen Union stand das Jahr 2008 unter dem Motto des Interkulturellen Dialogs. Für diesen thematischen Schwerpunkt gibt es zwei Gründe, argumentiert der für Bildung und Kultur zuständige EU-Kommissar Ján Figel' in diesem Discussion Paper: zum einen die historischen Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007, als zwölf neue Länder, vornehmlich Mittel- und Osteuropas, der EU beitraten, und zum anderen als Antwort auf die durch andauernde Migrationsströme stetig anwachsenden Einwanderergemeinden in europäischen Städten. Neben der Idee des gegenseitigen Respekts und der Würde des Menschen bildet das Konzept des Interkulturellen Dialogs einen Kernbereich der europäischen Integration. Während des Jahres wird der Interkulturelle Dialog durch eine Reihe von Initiativen, den so genannten Brüsseler Debatten, gefördert, die vor allem die Zivilgesellschaft, aber auch ganz bewusst Lehrer, Betriebe und Religionsvertreter einbeziehen und Themen wie Bildung, Kunst, Migration,

Multilinguismus, Religion, Arbeitsstätten und Medien abdecken. Zusätzlich unterstützt die Europäische Kommission sieben Vorzeigeprojekte finanziell. Daneben organisieren die Mitgliedsstaaten einzelne nationale Projekte, die unter dem Dach des Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs zusammenlaufen. Das gesamte Projekt ist darauf angelegt, einen Langzeitprozess in Gang zu setzen und dabei gleichzeitig in viele Politikfelder hineinzuwirken. Die Idee hinter dem Konzept ist, einen nachhaltigen politischen Prozess in Gang zu setzen, der alle Menschen, die in der EU leben, mit einbezieht. Der EU-Kommissar Ján Figel' beleuchtet in dieser Veröffentlichung Ideen, Hintergründe und Vorgehensweise des Projekts.

Regionale Integration als Antwort auf die Globalisierung

ZEI-Sommerakademie führte 21 junge Forscher aus aller Welt in Bonn zusammen

Zum zweiten Mal in Folge hat das Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn (ZEI) im September 2008 eine Sommerakademie zur vergleichenden Regionalforschung ausgerichtet. In diesem Rahmen setzten sich Postgraduierte und junge Akademiker aus 18 Ländern mit verschiedensten Facetten der regionalen Integration auseinander. Unter der Leitung von ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt wurde bei dieser in Europa einzigartigen Akademie insbesondere die Frage erörtert, ob und wie die Europäische Union im Angesicht der Globalisierung auch für andere Weltregionen als Muster dienen kann.



Gruppenfoto der Teilnehmer 

Frieden, Sicherheit und wirtschaftlicher Wohlstand gehören 50 Jahre nach ihrer Gründung zu den wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union. Diese Erfolgsgeschichte hat auch auf andere Gegenden der Welt abgefärbt. Sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika, der Karibik und Asien haben sich Staaten in regionalen Verbänden zusammengeschlossen und damit Märkte und Grenzen geöffnet. Die Voraussetzungen sind dabei allerdings genauso verschieden wie die eingeschlagenen Wege zur regionalen Integration. Vor diesem Hintergrund hat es sich die ZEI-Sommerakademie zur Aufgabe gemacht, zum besseren Verständnis untereinander und über die Europäische Union beizutragen. Zusammen mit renommierten Experten aus ganz Europa diskutierten die jungen Forscher, wie die EU als Vorbild und Partner dienen kann. Ziel der Akademie war es, den Erfahrungsschatz Europas zu nutzen, um die Regionalorganisationen vor Ort für die Bewältigung der neuen globalen Herausforderungen sattelfest zu machen.

Auf dem Programm standen neben Vorlesungen, Diskussionen und intensiven Workshops auch Besuche bei den europäischen Institutionen in Brüssel und der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. So bekamen die aus über 80 Bewerbern ausgewählten Teilnehmer einen direkten Eindruck von der Zusammensetzung und Arbeitsweise der EU und hatten die Möglichkeit, vor Ort mit europäischen Praktikern zu sprechen.

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn hat sich bereits seit einigen Jahren auf die Erforschung der vergleichenden Perspektive der regionalen Integration spezialisiert und hat somit auch den diesjährigen Teilnehmern eine ideale Basis geboten, ihre eigenen Ideen zur Verbesserung der Integration in ihrem Teil der Welt zu vertiefen.

Gefördert wurde die Akademie durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst aus Mitteln des Auswärtigen Amts, durch die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank, die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel, die Deutsche Welle sowie durch InWEnt.

Kontakt:

Ariane Kössler / [Wiebke Drescher](#)


Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn

Telefon: 0228/73-4960 und -1766

E-Mail: wdrescher@uni-bonn.de

"Wohin steuert Europa?", deutsch-französische Podiumsdiskussion im Haus der Geschichte



Ruth Hieronymi, MdEP, und
Thomas Gutschker, Rheinischer Merkur 

Die EU hat mehr von Krisen als von Vertragsdebatten profitiert, so Thomas Gutschker, Leiter des Ressorts Außenpolitik des „Rheinischen Merkur“ im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland über die letzten Jahrzehnte europäischer Integrationspolitik.

Neben Gutschker diskutierten bei einer Podiumsdiskussion am 21. Oktober 2008 Ruth Hieronymi, MdEP, Michael Mertes, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW und Julien Thorel, Maître de conférences, Université Jean Monnet St. Etienne, zu dem Thema „Wohin steuert Europa? Welche Impulse kann die französische Präsidentschaft geben?“ Zu der stark besuchten Podiumsdiskussion eingeladen hatten neben dem ZEI die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsch-Französische Gesellschaft Bonn und Rhein-Sieg und die Europa Union Deutschland, Bonn-Rhein/Sieg. Die Moderation übernahm Prof. Dr. Johannes Thomas, Prof. em. Universität Paderborn.

Einig waren sich die Diskutanten über das herausragende Krisenmanagement der französischen Ratspräsidentschaft angesichts des Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag sowie des Krieges in Georgien und der Finanzkrise. Thorel betonte dazu, dass diese Erfolge nicht selbstverständlich seien, da es im Vorfeld zu Reibereien gekommen sei und die Person Sarkozy gleichfalls immer wieder in der Diskussion stünde. Ergebnis der knapp zweistündigen Podiumsdiskussion: Die derzeitigen Krisen in der EU sollten als Chance zum Neuanfang genutzt werden. Früher wie heute sei der „deutsch-französische Motor“ für die europäische Integration entscheidend.

Umdenken und Chancen nutzen

Aufgrund ihrer starken Abhängigkeit von russischen Energieimporten besteht für die Europäische Union die Notwendigkeit, sich zunehmend ihren energiereichen Nachbarregionen in Zentralasien und dem Kaukasus zuzuwenden, wobei auch die Stabilitätsbemühungen im Nahen und Mittleren Osten in diesem Zusammenhang vermehrt voranzutreiben sind. Über den damit verwobenen „Energiepoker am Bosphorus“ sprach am 30. September 2008 Prof. Dr. Udo Steinbach vom Centrum für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität Marburg am ZEI. Die gemeinsame Veranstaltung mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Bonn sowie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik über die „Türkei als Scharnier zwischen Europa, dem Kaukasus und Zentralasien“ entfachte eine rege Diskussion unter den Gästen, die im Rahmen des ZEI Europadialogs zahlreich erschienen waren.

Die Türkei steht nicht nur im geografischen Mittelpunkt der europäischen Bemühungen zur verstärkten Energiesicherheit durch Diversifikation der Herkunftsländer und Transportwege von Öl und Erdgas. Darüber hinaus kann sie sich auf eine intensive und zunehmend dynamische Entwicklung in den außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen zu ihren Nachbarn stützen. Professor Steinbach vertrat die These, dass dies die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Beitrittskandidaten Türkei veränderte, wobei beidseitig nutzbringende Vorteile europäischer und türkischer Kooperation noch nicht hinreichend erkannt und genutzt würden.

Ergebnisse der kürzlich durchgeführten MES-Alumni-Befragung

Ergebnisse der kürzlich durchgeführten MES-Alumni-Befragung zeigen: ZEI-MES Absolventen haben sehr gute Karriere-Aussichten in der nationalen Spitzenverwaltung und in der freien Wirtschaft

Seit Beginn des Programms 1998/99 haben 260 Teilnehmer des Master of European Studies am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn teilgenommen. ZEI-Alumni sind in verschiedenen Karrierebereichen tätig: Sie arbeiten in EU Institutionen und Internationalen Organisationen, in NROs, nationalen Verwaltungen, Lobbygruppen, im Bereich Wissenschaft und Forschung und in international tätigen Wirtschaftsunternehmen. Die Art der Organisationen und Unternehmen, in denen ZEI-Absolventen tätig sind, ist vielfältig.

Eine neuen Umfrage unter ZEI-Absolventen, die im August 2008 durchgeführt wurde, zeigt, dass Absolventen in den folgenden Karrierebereichen tätig sind:

**EU, Internationale Organisationen:
15%**

Nationale Spitzenverwaltung: 27%

Wirtschaft: 41%

Wissenschaft und Forschung: 17%

Makroökonomische Politiken im Rahmen der EU-Heranhführung

Neben hoch politisierten außenpolitischen Bereichen bilden Finanzpolitik, Geldpolitik, die mögliche Übernahme des Euro und das Management eingehender Kapitalströme zentrale Themen in der EU-Heranhführung von Beitrittskandidaten. In ihrem Buch „[Macroeconomic Policies for EU Accession](#)“ tragen die Herausgeber Erdem Başçı, Vizepräsident der türkischen Zentralbank, Sübidey Togan, Direktor des Centre for International Economics der Bilkent-Universität und [Jürgen von Hagen](#), Direktor am ZEI, zur Diskussion um die konkreten Herausforderungen und Möglichkeiten des Beitrittsprozesses der Türkei bei, die auch für andere Kandidatenländer von Relevanz sind.

Erdem Başçı, Sübidey Togan, Jürgen von Hagen (Hrsg.): *Macroeconomic Policies for EU Accession*, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar 2007.

Neuerscheinung: Ludger Kühnhardt, European Union – The Second Founding

Ludger Kühnhardt, *European Union - The Second Founding*

Ludger Kühnhardt, *European Union - The Second Founding: The Changing Rationale of European Integration*,

Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bd. 67, Baden-Baden: Nomos, 670 Seiten, 2008, ISBN 978-3-8329-3502-3

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn, legt in englischer Sprache eine breit angelegte Studie über den bisherigen fünfzigjährigen Entwicklungsprozess der europäischen Integration und seine weltpolitischen und wissenschaftstheoretischen Zusammenhänge vor. Seine Studie geht von der zweifachen These aus, dass sich die EU seit einigen Jahren einer zweiten Gründung unterzieht und sich dabei zugleich die Begründung für die europäische Integration wandelt. Nach der ersten Gründung 1957 erfolgt seit Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre eine stärkere Politisierung der Integration, verbunden mit gesteigertem Interesse der europäischen Bürger (aber auch stärkerer Kritik) an der Integration. Zugleich wandelt sich seit dem Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Teilung Europas die Begründung: War die europäische Integration in den ersten Jahrzehnten vorrangig eine Angelegenheit der inneren Aussöhnung unter den Staaten und Völkern Europas, so richtet sie sich seit einigen Jahren immer deutlicher aus an der Suche nach einer neuen globalen Rolle Europas im Zeitalter der Globalisierung und des Managements globaler Fragestellungen.

Kühnhardts Studie rekonstruiert die zentralen Weichenstellungen der ersten fünf Jahrzehnte der europäischen Einigung. Er richtet ein besonderes Augenmerk auf die Funktion von Krisen in der Integration, zumal im Lichte des europäischen Verfassungsfortbildungsprozesses der vergangenen Jahre. In systematischer Weise beleuchtet er den Zusammenhang von europäischer Integration und transatlantischen Beziehungen sowie die weltweite Attraktivität der EU als Modell für andere Bemühungen um Regionalintegration. Kühnhardt diskutiert die historischen Versuche, Europa friedlich zu einen und unterzieht die Entwicklung der europäischen Integrationstheorien einer kritischen Bestandsaufnahme. Schließlich fragt er nach dem Potential supranationaler Solidaritätskraft im Rahmen der europäischen Staatsbürgerschaft und beleuchtet die wachsende globale Rolle der EU. Ludger Kühnhardts Studie ist ein grundlegender Beitrag zur Standortbestimmung der Europäischen Union am Ende einer besonders krisenhaften Phase ihrer Entwicklung.

ZEI kündigt Zusammenarbeit mit GTZ und ECOWAS an

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung wird eine Akademieschulung für hochrangige Führungskräfte der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (ECOWAS) durchführen. Dieser einzigartige Beitrag zur Stärkung der menschlichen Potentiale im westafrikanischen Integrationsprozess wird durch die finanzielle Unterstützung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) möglich gemacht. Durch die Konzipierung und Durchführung dieser Weiterbildung für Führungskräfte stärkt das ZEI sein globales Profil. Die Akademie wird im Frühjahr 2009 durchgeführt.

Kontakt: Matthias Vogl: mvogl@uni-bonn.de

„Grüne Hochschultour“ macht Halt am ZEI



Vergrößern 

Die Formalia des Bologna-Prozesses sind übernommen, aber es wird noch zu wenig für die Inhalte getan. Dieser Meinung ist Kai Gehring, MdB und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der sich zurzeit auf „Grüner Hochschultour“ befindet. Die Reise führt ihn an verschiedene deutsche Hochschulen, an denen er das Gespräch mit Menschen aus Wissenschaft und Verwaltung sucht.

Am 3. Juli 2008 begrüßte Prof. Ludger Kühnhardt, Direktor am ZEI, Kai Gehring und sein Team und stellte die Arbeit des Forschungszentrums vor. Interesse erweckten insbesondere die vom ZEI organisierte Sommerakademie, die sich mit dem Vergleich regionaler Integration auseinandersetzt und junge Forscher aus aller Welt anlockt sowie die zwei Master-Studiengänge MES (Master of European Studies) und MERNI (Master of European Regulation of Network Industries), die am ZEI angeboten werden. Besonders lebhaft entspann sich eine Diskussion zu der Frage, wie die Zukunft der (deutschen)

Hochschullandschaft aussehen solle. Ein weiteres Thema war die aktuelle Verfassung der EU, die das ZEI im Rahmen seiner Projekte und Publikationen erforscht und begleitet.

Auftakt zu einer „relance européenne“



Vergrößern 

Frankreichs Präsidentschaft hat zum Ziel, dass der Vertrag von Lissabon trotz des negativen Referendums in Irland doch noch ratifiziert wird, damit die erforderlichen institutionellen Reformen umgesetzt werden, mit deren Hilfe viele Bürgerwünsche leichter zu realisieren sind, erläuterte Prof. Philippe Moreau Defarges, Politikwissenschaftler am Ifri (Institut français des relations internationales) in Paris.

Im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ von ZEI und Ifri besuchte Moreau Defarges am 30. Juni 2008 das ZEI. Unter Leitung von ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und dem auf deutscher Seite projektverantwortlichen Mitarbeiter Andreas Marchetti, stellte Professor Moreau Defarges die französische Interpretation des Vertrags von Lissabon dar.

Im Mittelpunkt des vielschichtigen Austauschs zwischen Moreau Defarges und den am Projekt beteiligten deutschen Wissenschaftlern stand insbesondere die Frage, wie die EU mit der neuerlichen Krise, ausgelöst durch das Nein der Iren zum Vertrag von Lissabon, nunmehr umgehen solle und welche Möglichkeiten des Handelns überhaupt gegeben seien.

MES und MERNI: Abschlussfeier der „Class of 2008“

Master of European Studies (MES) and Master of European Regulation of Network Industries (MERNI): Abschlussfeier der "Class of 2008" mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments

Am 29. Mai 2008 fand in einer feierlichen Zeremonie die Abschlussfeier des zehnten und somit Jubiläumsjahrgangs des Master of European Studies (MES) am Zentrum für Europäische Integrationsforschung statt. Zugleich wurde der Abschluss des ersten Programmjahres des Master of European Regulation of Network Industries (MERNI) gefeiert. Insgesamt wurden 46 Absolventinnen und Absolventen beider Studiengänge, die aus 21 Ländern kommen, in Anwesenheit des Rektors der Universität Bonn, Prof. Dr. Matthias Winiger, und des Bonner Bürgermeisters, Ulrich Hauschild, für ihre Leistungen geehrt. ZEI Direktoren Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Prof. Dr. Christian Koenig dankten allen Unterstützern und Freunden des ZEI, vor allem der europaweiten Fakultät und den Sponsoren von Stipendien.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, gratulierte dem ZEI zu seiner 10jährigen Erfolgsgeschichte in der europawissenschaftlichen Weiterbildung. In seiner [Festrede](#) hob er die Bedeutung der Europäischen Union hervor, zum interkulturellen Dialog beizutragen und weltweit als Beispiel regionaler Integration zu dienen. Das ZEI gehe in diesen Bereichen als gutes akademisches Beispiel voran: Sowohl die Forschungsarbeit als auch die internationalen Zusammensetzung der Weiterbildungsprogramme des ZEI spiegele genau diese Anforderungen an die Aufgaben der Europäischen Union wider. Den Fellows der „Class



Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

of 2008“ gegenüber äußerte Pöttering Zuversicht, nach Abschluss der Masterprogramme sehr gute Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu haben. Sie gehören einer neuen Generation künftiger europäischer Führungskräfte an oder würden in anderen Kontinenten für die Partnerschaft mit Europa arbeiten.

Anlässlich des Jubiläumsjahres hat das ZEI eine Broschüre „Master of European Studies – Ten Years of Excellence“ heraus gegeben. Sie ist als als Printversion verfügbar. Bitte schicken Sie Ihre Postanschrift an europeanstudies.zei@uni-bonn.de. Sie erhalten dann die Broschüre zugeschickt.



MES Class of 2008



MERNI Class of 2008

Kapverden wünschen Kooperation des ZEI bei der Regionalintegration in Westafrika

Der Präsident des Parlaments der Kapverden, Aristides Lima, hat das ZEI bei einem Besuch in Bonn um Mitarbeit bei der Entwicklung eines westafrikanischen Instituts für Regionalintegration gebeten, das im Rahmen der westafrikanischen Integrationsgemeinschaft ECOWAS in den Kapverden im Entstehen ist. Bei einem intensiven Gedankenaustausch am 28.Mai 2008 mit ZEI Direktor Kühnhardt und dem Geschäftsführer von ZEF Consult, Dr. Hartmut Ihne, drückten Präsident Lima und die Mitglieder seiner Delegation ihren Wunsch nach einer engeren akademischen Kooperation mit den beiden Forschungs- und Weiterbildungsinstituten der Universität Bonn aus. Die Kapverden sind im Begriff, mit der Europäischen Union über eine privilegierte Partnerschaft zu verhandeln und daher an der Stärkung ihrer Kompetenzen und Kapazitäten in Fragen der europäischen Integration interessiert.



Kapverdens Parlamentspräsident Aristides Lima am ZEI, mit ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Kapverden Botschafter Jorge Homero Toolentino Araujo, leitendem UN Beamten Antonio Rodrigues Pires und ZEF Consult Geschäftsführer Dr. Hartmut Ihne.

Erster frei gewählter Ministerpräsident Sloweniens zu Besuch am ZEI



Alojz Peterle im Gespräch mit ZEI Master Fellows Meredith Tunick (USA), Tobias Buchmann (Deutschland), Sonja Schröder (Deutschland), Hristina Dojcinova (Mazedonien), Milos Stanojevic (Serbien).

Alojz Peterle, ehemaliger Ministerpräsident Sloweniens und heutiges Mitglied des Europäischen Parlaments, besuchte am 22.Februar 2008 das ZEI. Im Rahmen eines „Europa-Dialogs“ sprach er vor Studenten des [Master of European Studies des ZEI](#) und legte dabei die Eckpunkte der aktuellen slowenischen EU-Ratspräsidentschaft dar. In der Diskussion mit den Master Fellows des ZEI analysierte der erste Ministerpräsident des unabhängigen Sloweniens (1990-1992) auch die Kosovoproblematik sowie den historischen Zusammenhang der Krisen rund um den Zerfall Jugoslawiens. Im Bezug auf historische und aktuelle Entwicklungen des Westbalkans zeigt er sich hoffnungsvoll, dass Koexistenz und Kooperation möglich sind. Peterle sagte, dass es „an der Zeit sei, die Zukunft gemeinsam zu gestalten und nicht die Vergangenheit zu verlängern“.

Unter der Ministerpräsidentschaft Alojz Peterles erreichte Slowenien 1991 die Unabhängigkeit. In den Jahren 1993-94 und 2000 war er Außenminister Sloweniens und ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei „Neues Slowenien“.

Mitglied des Deutschen Bundestages zu Gesprächen am ZEI

Dr. Stephan Eisel, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag, besuchte am 29. Januar 2008 das ZEI, um sich über die aktuellen Projekte an einem der "nationalen Kompetenzzentren der Europaforschung", wie Eisel sagte, zu informieren.

Eisel tauschte sich in Gesprächen mit den ZEI-Direktoren [Prof. Dr. Christian Koenig](#) und [Prof. Dr. Ludger Kühnhardt](#) über aktuelle Entwicklungen in Europa aus und informierte sich bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern der ZEI-Abteilungen über die derzeitigen Forschungsprojekte und Lehrangebote des ZEI.

Anschließend hielt Eisel einen Vortrag vor den Studenten des [ZEI Master of European Studies](#) über "Current Issues on European Affairs". Eisel plädierte für die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Armee als nächstem grossen Integrationsprojekt.



Dr. Stephan Eisel im Gespräch mit Prof. Dr. Gert Straetmans (Universität Antwerpen und Dozent im MES-Programm), Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Prof. Dr. Christian Koenig sowie weiteren Mitarbeitern des ZEI.

Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen

Europa neu erfinden als Aufgabe des ZEI mit französischem Partner im Rahmen eines DFG-Projekts

Kommt die Türkei in die Europäische Union? Wie kann die EU in der Welt geschlossener auftreten? Weshalb senkt die EU nicht ihre milliardenschweren Agrarsubventionen? Die europapolitische Debatte dreht sich seit Jahren im Kreis – ohne Lösungen bereitzuhalten. In einem neuen gemeinsamen Forschungsprojekt "Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen" entwickelt das ZEI zusammen mit dem Pariser [Institut für Internationale Beziehungen \(Ifri\)](#) Handlungsempfehlungen für einen europäischen Neuanfang.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die französische Agence Nationale de la Recherche finanzieren das auf drei Jahre angelegte Forschungsvorhaben. Ausgangspunkt bildet der im Dezember 2007 in Lissabon unterzeichnete Reformvertrag. Dieser bildet die zukünftige Geschäftsgrundlage der EU. Seit Januar 2008 befassen sich Wissenschaftler der beiden Institute zunächst mit der Vertragsnovelle. Zur Entwicklung plausibler Empfehlungen werden sie zudem Entscheidungsträger aus Deutschland und Frankreich befragen. Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Geschäftsführender Direktor des ZEI, zeigt sich überzeugt, dass dieser Ansatz neue Anstöße geben wird: "Die europäische Einigung hat stets einen deutsch-französischen Motor benötigt, um sich weiter zu entwickeln." Kaum ein anderer Zeitpunkt scheint hierfür derzeit besser für deutsch-französische Initiativen. Nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 stehen für drei Jahre weder in Deutschland noch in Frankreich Wahlen auf nationaler Ebene an. Eine derart lange Periode zu deutsch-französischer Politikgestaltung gibt es nur selten.

Am ZEI hat [Andreas Marchetti](#) die Koordination des Projekts übernommen, das auf französischer Seite federführend von Dr. Claire Demesmay betreut wird.

ZEI Master of European Studies mit Gütesiegel für weitere fünf Jahre

Der [Master of European Studies](#) des Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn ist für weitere fünf Jahre mit einem international anerkannten Gütesiegel versehen worden. Das Weiterbildungsprogramm, das derzeit in seinem zehnten Studienjahr steht, ist von der Akkreditierungsagentur FIBAA (Foundation for International Business Administration Accreditation) für fünf weitere Jahre re-akkreditiert worden. Es handelt sich dabei um die erste Re-Akkreditierung eines Master Programms der Universität Bonn. Die intensive Evaluierung des Master Programms hat die Stärken dieses Weiterbildungsangebots deutlich gemacht und dem ZEI weitere Hinweise an die Hand gegeben, damit dieses Programm auch weiterhin zu den besten seiner Art in Europa zählen kann. „Wir sind sehr ermutigt und sehen die Re-Akkreditierung als Ansporn, auf dem hohen Niveau, das das Programm erreicht hat, fortzufahren. Wir leisten mit unserem Weiterbildungsprogramm einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Europakompetenz“, sagte [ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt](#). Der Master of European Studies wird in englischer Sprache von einer internationalen Fakultät doziert, die aus Wissenschaftlern und Praktikern besteht. Das Programm ist interdisziplinär angelegt und vermittelt EU-bezogene Kenntnisse aus rechts-, politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Seit 1998 haben über 200 Studierende aus aller Welt den ZEI Master-Titel erworben. Er hat ihnen beachtliche Karrieren in Politik und Wirtschaft, Verwaltung und Medien, Nichtregierungsorganisationen und in der Wissenschaft eröffnet. Der Master of European Studies wird seit dem Studienjahr 2007/2008 vom ZEI in Kooperation mit der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn angeboten. Weitere Informationen erteilt die Koordinatorin des Master Programms, [Tabea Leibbrand](#).